























Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>1. Pariser Klimaschutzabkommen - ja / nein</b></p> <p>Entgegen der Meinung von Oberbürgermeister Kuhn, dem Gemeinderat sowie einigen OB-Kandidat*innen sind die Treibhausgas-Reduktionsziele der LHS wenig ambitioniert und nicht geeignet, die Ziele des Pariser Völkerrechtsvertrages einzuhalten.</p> <p>Fachleute sprechen von Stuttgart als dem Schlusslicht unter den deutschen Großstädten.</p>				
Setzen Sie sich für eine dem Stand der Wissenschaft entsprechende Fortschreibung der Treibhausgas-Reduktionsziele der LHS ein?				
<p>Ja, selbstverständlich müssen die Ziele immer wieder auf Grund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse überprüft werden. Die jüngst veröffentlichte Studie des Wuppertal Instituts, die zeigt, dass Klimaneutralität in Deutschland bis 2035 nötig und vor allem möglich ist, muss natürlich durch die Stadt analysiert werden. Wir brauchen in der Stadt, im Land, im Bund, auch in Europa – ein entschlossenes Vorgehen.</p> <p>Mit dem Aktionsplan Klimaschutz im letzten Jahr hat sich der Gemeinderat dazu bekannt, die Klimaziele von Paris einhalten zu wollen. Das ist das minimalste Ziel, mit dem wir uns nicht zufriedengeben dürfen.</p> <p>Im Mai 2020 hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen gut begründet eine entschlossene Umweltpolitik für Deutschland eingefordert. Er legt nahe, dass sich Deutschland das Ziel setzt, bereits ab 2038 CO<sub>2</sub>-neutral zu wirtschaften. Für dieses Klimaschutzziel trete ich ein – bei aller Offenheit für realistische und realisierbare Maßnahmen, die dazu beitragen, schneller klimaneutral zu werden.</p>	<p>In der Präambel des städtischen Klimaaktionsplans haben wir uns bekanntlich den Pariser Klimazielen und dem 1,5 Grad-Ziel verschrieben. Dies umzusetzen und einzuhalten, ist und muss Ziel der Landeshauptstadt sein. Hierfür bedarf es aber im Gegensatz zum Klimaaktionsplan noch deutlich größerer Anstrengungen; da dürfen wir uns nichts vormachen. Es bedarf entschlossenes Handeln und zielgerichteter Investitionen. Daran muss sich auch der oder die neue OB messen lassen.</p>	<p>Der Gemeinderat hat beschlossen bis 2050 nahezu Klimaneutralität zu erreichen. Er hat aber auch beschlossen, Anstrengungen zu unternehmen, um wenn möglich dieses Ziel noch früher zu erreichen. Das halte ich für eine kluge Zielsetzung.</p>	<p>Ja.</p>	<p>Ja, Stuttgart muss so schnell als möglich klimapositive Stadt werden. Daher werde ich mich für eine entsprechende Fortschreibung der Reduktionsziele einsetzen.</p>



				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<b>2. Klimaneutralität bis 2030 - ja / nein</b> Die EnBW will laut Pressemitteilung vom 06.10.2020 die Klimaneutralität bis 2035 erreichen. Die EnBW sieht sich dabei als Energieversorgungsunternehmen in besonderem Maße verpflichtet, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die das Erreichen der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens ermöglichen.				
a) Werden Sie vor diesem Hintergrund sämtliche Beschlüsse der LHS zum Klimaschutz und zur Energie- und Wärmewende überprüfen lassen?				
Ja, sämtliche Beschlüsse müssen immer wieder evaluiert werden. Der Klimawandel ist eine dynamische Herausforderung. Zielgerichtete Investitionen der Stadtwerke Stuttgart sind absolut notwendig.	Mit dem Klimaaktionsplan haben wir eine Stelle geschaffen, die sich der Überprüfung, Evaluation und Nachbesserung der Maßnahmen annimmt. Diese Ergebnisse müssen wir uns genau anschauen und dann entsprechend tatkräftig reagieren.	Die Initiative der EnBW begrüße ich. Sie hat aber nur in einigen Bereichen (z.B. Fernwärme) Auswirkungen auf die Stadt.	Ja.	Ja.
b) und diese Überprüfung wie in vergleichbaren anderen Städten in Baden-Württemberg von einem unabhängigen Beratungsinstitut durchführen lassen?				
Grundsätzlich habe ich Zutrauen in unsere Verwaltung, in Ausnahmefällen mag die Hinzuziehung eines unabhängigen Beratungsinstituts sinnvoll sein. Ich halte es aber für wichtiger, die Beschlüsse mit Experten und der Bürgerschaft aus der Stadt zu diskutieren.	-	Eine externe Unterstützung und Beratung der Stadt bei Fragen des Klimaschutzes halte ich für sinnvoll.	Ja.	Ja.
c) teilen Sie die Einschätzung, dass durch den Beschluss der Gemeinderatsdrucksache GRDRs 975/2019 mit Ergänzung „Weltklima in Not - Stuttgart handelt“ Aktionsprogramm Klimaschutz - Verwendung des Klimaschutzfonds insbesondere der Präambel (Erläuterung: ...				
<ul style="list-style-type: none"> <li>- der CO<sub>2</sub> Ausstoß gegenüber 1990 bis 2030 ist um 65 %, bis 2040 um 80 % und bis 2050 um 95 % zu reduzieren</li> <li>- der Ausstieg aus der Kohle für Stuttgart soll bis 2030 erreicht werden</li> <li>- der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien bis 2025 soll auf 30 % steigen, mit dem Ziel bis 2050 eine vollständige nachhaltige Energieversorgung für Stuttgart zu erhalten)</li> </ul> ein weiterer Imageschaden (Anmerkung: Feinstaub, Stau, ...) für die LHS und wirtschaftliche Nachteile für die Bürger bereits entstanden ist, weil keine Umsetzung durch Investitionen der Stadtwerke erfolgt ist, und der Schaden nur durch entschlossenes Handeln und zielgerichtete Investitionen in Infrastrukturen noch abzuwenden ist?				
Nein.	-	Nein	Ja.	Ich teile die Einschätzung, dass wir eine massive Investitionsoffensive brauchen und vor allen Dingen eine Stärkung bzw. strategische Neuausrichtung der Stadtwerke Stuttgart.


				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<b>3. Beteiligung der Einwohner- und Bürger*innen</b>				
Wie sollen Ihrer Einschätzung nach die Einwohner- und Bürger*innen bei der Energiewende beteiligt werden?				
Wir müssen es schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt Klimaschutz zu ihrer Sache machen, dass lokal, direkt vor Ort, in den Bezirken daran gearbeitet wird, dass unsere Stadt klimafit und schnell klimaneutral wird. Dafür muss es unterschiedliche Formate geben, zu denen als ein Baustein unter vielen auch die Öffentlichkeitsarbeit zählt. Ich trete dafür ein, dass auch die Bezirksbeiräte Klimaschutz vor Ort zu ihrer Sache machen. Für die Wärmewende muss sehr viel vor Ort geworben werden, für die Vorteile, die Hausanschlüsse in Fern- und Nahwärmenetzen bieten, muss mit engagierten Leuten und kreativen Formaten geworben werden.	Ein großes Manko der städtischen Klimaschutzbestrebungen bringen Sie mit Ihren Fragen auf den Punkt: Nur wenn wir alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter mitnehmen, kann uns die Energiewende gelingen. Das beinhaltet die Einbindung von Expertinnen und Experten (Stichwort: Fachbeirat), aber auch der interessierten Bürgerinnen und Bürger.	-	Einwohner*innenversammlungen, Informationsveranstaltungen und eine Behandlung im Bezirksbeirat sind gut – ich finde eine aufsuchende Bürger*innenbeteiligung ebenfalls wichtig, um sicher zu stellen, dass diejenigen, die von den Veränderungen betroffen sind, frühzeitig eingebunden werden. Zusätzlich braucht es Öffentlichkeitsarbeit – ob das eine „durchgestylte“ Kommunikationskampagne einer Werbeagentur sein muss, sei dahingestellt. Wichtig ist, dass die Bürger*innen von Anfang an einbezogen werden.	-
Wie wollen Sie die Einwohner- und Bürger*innen informieren, in die erforderlichen Prozesse einbeziehen und um ihre Mitarbeit und Zustimmung werben:				
a) Mit einer „durchgestylten“ Kommunikationskampagne einer Werbeagentur?				
-	-	Nur zweitbeste Lösung	-	Nein.
b) Mit dem Mitteln der Gemeindeordnung, z.B. Einwohner*innenversammlung, Informationsveranstaltung, Bezirksbeirat?				
-	Sie wissen, dass ich die Durchführung einer BürgerInnenversammlung mit meiner Fraktion im Klimaschutzaktionsplan beantragt habe.	Das gehört dazu. Wobei ich die Diskussion auch nicht zu kleinteilig (z.B. nur in BB) führen möchte		Ja.
c) Der Ermöglichung von Hausanschlüssen in Fern- und Nahwärmeversorgungsgebieten?				
-	-	Ja	-	Ja.
d) ...				
-	-	-	-	-

				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>4. Einhaltung der Gemeindeordnung - ja / nein bzw. Zeitangabe</b></p> <p>Nach § 34 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg:          „... beruft der Bürgermeister den Gemeinderat schriftlich oder elektronisch mit angemessener Frist ein und teilt rechtzeitig, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag, die Verhandlungsgegenstände mit; dabei sind die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. ...“          Diese Informationen sind gemäß § 41 b Abs. 2 GemO mit den Beratungsunterlagen im Internet zu veröffentlichen.          In anderen Städten ist es üblich, die Unterlagen im Normalfall vier Wochen vorher zu veröffentlichen und nur in Ausnahmefällen kürzere Fristen zu nutzen.          In Stuttgart werden bisher Gemeinderatsdrucksachen mit Anlagen oft erst kurz vor der Sitzung oder überhaupt nicht (z.B. mündlicher Bericht) in der öffentlich zugänglichen Datenbank des Kommunalen Sitzungsdienstes der LHS eingestellt.</p>				
a) Stellen Sie künftig die Einhaltung der Gemeindeordnung (vier Wochen Frist) sicher?				
Natürlich werde ich sicherstellen, dass die Gemeindeordnung eingehalten wird. Aus meiner Tätigkeit als Bezirksvorsteherin weiß ich aber, dass manchmal ein zügiges Vorgehen verabredet und dafür ggf. die Frist verkürzt werden kann.	Die Einhaltung der Gemeindeordnung ist und muss natürlich Basis der Arbeit als Oberbürgermeister sein. Hieran besteht kein Zweifel.	Mein festes Ziel ist die Beschleunigung der Arbeits- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung. Da sehe ich eine vier Wochen Frist eher für hinderlich an. Andererseits gilt es auch den Stadträtinnen und Stadträten sowie der interessierten Bürgerschaft genügend Zeit zur Vorbereitung zu geben.	Möglichst fristgerecht.	Ja, die 7-Tages-Frist der GemO wird gewahrt. Aus meiner Sicht ist ein Vorlauf von mindestens 14 Tagen anzustreben.
b) und ab welchem Zeitpunkt?				
-	-	-	-	-






				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>5. Wärmeplanung in den Stadtbezirken</b></p> <p>Mit der Wärmeplanung wird das Ziel verfolgt, durch eine systematische Untersuchung auf kommunaler Ebene Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und damit zur Umsetzung anzuregen und zu motivieren. So kann ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele auf Gemeindeebene geleistet werden. Ein kommunaler Wärmeplan ist somit ein Strategieinstrument für eine effiziente, klimaneutrale Wärmeversorgung, ein Teil der öffentlichen Vorbildfunktion und erfüllt eine Informationsfunktion für die Allgemeinheit.</p> <p>Die kommunale Wärmeplanung und damit die Erstellung eines kommunalen Wärmeplans bietet für alle Gemeinden in Baden-Württemberg, unabhängig von Größe und Struktur einen Mehrwert im Sinne einer strategischen Weiterentwicklung.</p> <p>Nach § 7d der Novellierung des Klimaschutzgesetz B.-W. soll die Wärmeplanung bis spätestens 31.12.2023 vorliegen.</p>				
a) Welche Bedeutung hat die Wärmeplanung für eine erfolgreiche Energiewende?				
Die Wärmeplanung ist zentral für das Gelingen der Energiewende.	Es ist unumstritten, dass wir die Energiewende nur schaffen, wenn wir die Wärmeplanung, die Potentiale aufdeckt und deren Energie dann für ein ganzes Quartier zur Verfügung steht.	Energiewende ist immer auch Wärmeplanung – daher wichtiger Bestandteil.	Sehr hoch, da die Energie- und Wärmeversorgung ein hohes Einsparpotenzial bietet und zudem in der Erzeugung auf 100 Prozent erneuerbar umgestellt werden muss.	Ich möchte bei der Wärmewende deutlich schneller vorankommen als in den letzten Jahren. Andere Städte wie Hamburg sind Stuttgart hier deutlich voraus. Die Wärmeplanung ist dafür ein Schlüssel, um Wärmenetze in den Quartieren aufbauen zu können.
b) Setzen Sie als künftiger Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Stuttgart den zügigen Einstieg in das Geschäftsfeld "Nahwärme in Bestandsgebieten" durch Fortschreibung des Wirtschaftsplans der Stadtwerke?				
Ja, die Stadtwerke Stuttgart müssen zentraler Akteur werden.	Der Fokus der Stadtwerke liegt auf dem Ausbau urbaner Energiesysteme. Aus vielerlei Gründen wurde dies nicht oder nur sehr zögerlich umgesetzt. Als Oberbürgermeister werde ich mich für die Weiterentwicklung der Strategie auch in Bezug auf die Pariser Klimaziele einsetzen und vor allem auf deren Umsetzung drängen.	Ja.	Bereits im Oktober 2009 haben wir einen Masterplan gefordert, wie die im Jahr 2011 gegründeten Stadtwerke Stuttgart auf regenerative Energien umgestellt werden können. Auch der Aufbau eines Nahwärmenetzes war eine zentrale Forderung. Ein Finanzrahmen von jährlich 100 Mio. Euro für die Förderung privater Energieerzeuger regenerativer Energie und zusätzlich 100 Mio. Euro pro Jahr für die Förderung städtischer Energieerzeuger regenerativer Energie hielten wir damals für notwendig. In diesem Bereich ist bislang so gut wie nichts passiert – umso notwendiger ist es, dass jetzt damit begonnen wird.	Ja, dafür werde ich mich einsetzen. Die Stadtwerke müssen zum Motor der Wärmewende werden.






				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>6. Fernwärme - ja / nein</b></p> <p>Die Landesregierung und die Opposition im Landtag schweigen bisher zum Kohleausstieg in Baden-Württemberg.</p> <p>In anderen Großstädten, wie z.B. Berlin, Hamburg und München gibt es Beschlüsse zur Dekarbonisierung der Fernwärme und zum Umstieg auf eine treibhausgasneutrale Energieversorgung. Diese Beschlüsse wurden auf der Grundlage von Machbarkeitsstudien und technisch-wirtschaftlichen Gutachten gefasst.</p> <p>In Stuttgart sind keine Gutachten bekannt und es wird seit Jahren ausschließlich vor Gericht mit der EnBW gestritten.</p> <p>Der beigefügte Aufsatz zeigt, dass der jahrelange Weg durch alle Gerichtsinstanzen nicht zu einer Lösung führen kann, mangels einschlägiger bundes- oder landesgesetzlicher Regelungen höchstens zu einer Zufallslösung, die nicht den Klimaschutz und die Wärmewende in Stuttgart voranbringt.</p>				
<p>Werden Sie nach Ihrer Wahl zeitnah Gespräche mit den Vertretern der Großaktionäre Landesregierung und den Landräten der OEW als auch EnBW führen mit dem Ziel, bis spätestens 2025 die Verfeuerung von Kohle in Kraftwerken Münster und Altbach zu beenden?</p>				
Ja.	Die Umstellung auf grüne Fernwärme ist eine wichtige Aufgabe, wenn wir die Energiewende in Stuttgart schaffen wollen. Bereits beim Klimapakete hat dieser für mich zentrale Meilenstein hin zu klimaneutraler Energieversorgung für Diskussionen gesorgt. Das bisherige Stadtoberhaupt und ebenfalls der Ministerpräsident des Landes – das Hauptanteilseigner der EnBW ist – haben es seither versäumt, die Frage zur klimaneutralen Fernwärme anzugehen und weisen ihre Verantwortung auch weit von sich. Im Klimapakete habe ich mit meiner Fraktion dennoch den Oberbürgermeister zu Gesprächen mit Land und EnBW zu genau dieser Frage verpflichten können. Als OB läge es an mir, diese Diskussion zu führen mit dem Ziel, nicht nur den Kohleausstieg deutlich vor 2038, sondern auch den Ausstieg aus Öl und Gas zu gestalten.	Ich werde zeitnah nach meinem Amtsantritt mit der EnBW zu allen offen Themen (Rückkauf Wasserversorgung, Fernwärmenetz, Areal am Neckar, Energiewende) intensive Gespräche führen mit dem Ziel außergerichtliche Einigungen zu erzielen. Mit ihrer Aussage zur Klimaneutralität bis 2035 hat die EnBW eine wichtige Entscheidung getroffen.	Ja.	Mein Ziel ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Deshalb werde ich entsprechende Gespräche führen.






				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>7. Netzentgelte Strom und Gas - ja / nein</b></p> <p>Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit seiner Entscheidung vom 07.04.2020 den jahrelangen Rechtsstreit zwischen der Stuttgart Netze GmbH und der EnBW-Tochter Netze BW GmbH zum Übergang der Strom- und Gasnetze zugunsten der Stuttgart Netze beendet.</p> <p>Die Stuttgart Netze hat alle Teile des örtlichen Verteilnetzes in Stuttgart erworben, den Hochspannungsteil zum 01.05.2020. Zum Jahresbeginn 2021 wird der Netzbetrieb auch für die Hochspannungsnetzteile formal auf die Stuttgart Netze übergehen.</p> <p>Gas-Nieder- und Mitteldrucknetz sind bereits im Eigentum der Stuttgart Netze, das Eigentum am Gas-Hochdrucknetz wird Anfang 2021 auf die Stuttgart Netze übergehen. Es wird derzeit mit einer Entflechtungsdauer von ca. 3 Jahren gerechnet. Der Übergang des Netzbetriebs Gas auf die Stuttgart Netze erfolgt voraussichtlich ab 2024.</p>				
<p>a) Setzen Sie sich dafür ein, die Vorteile aus den nun niedrigeren Netzentgelten bei Strom und Gas (frühestens ab 2024) (Anm.: es handelt sich um Millionenbeträge) an die Stadtwerkekund*innen über günstigere Strom- und Gastarife weiterzugeben?</p>				
Ich gehe davon aus, dass die Vorteile aus den niedrigeren Netzentgelten an die Kund*innen weitergegeben werden müssen.	Niedrigere Netzentgelte müssen nach Aussage der Stuttgart Netze GmbH an die EndkundInnen weitergegeben werden.	-	-	-
<p>b) Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Beträge in die urbane Energiewende, z.B. Wärmenetze mit Erneuerbaren Wärmequellen (Abwärme, Solarthermie, etc.) investiert werden, damit alle Einwohner*innen als Eigentümer und Mieter davon profitieren?</p>				
-	In die Erneuerbaren – eingebunden in Quartierslösungen – müssen wir deutlich mehr Geld investieren; da sprechen wir von Milliardenbeträgen. Grundlage ist wieder die Wärmeleitplanung für eine klimaneutrale Energieversorgung in den Bezirken. Diese darf nicht in Konkurrenz zu fossiler Energieversorgung stehen. Hierüber sollten auch die BezirksbeirätInnen informiert werden.	Eine Verteilung finanziellen Vorteile durch niedrigerer Netznutzungsentgelte auf einerseits Kunden und andererseits als Investitionen in die Energiewende halte ich für sinnvoll.	Die urbane Energiewende hat Vorrang.	Ich möchte die Beträge aus den niedrigeren Netzentgelten vorrangig in die urbane Energiewende (z.B. Ausbau des Wärmenetzes) investieren. Ggf. ist auch eine moderate Preisanpassung möglich.






				
<p>Veronika Kienzle</p>	<p>Martin Körner</p>	<p>Dr. Frank Nopper</p>	<p>Hannes Rockenbauch</p>	<p>Marian Schreier</p>
<p><b>8. Gasverteilnetz und Wärmeplanung - ja / nein</b>                  Erdgasnetze mit ihrer klimaschädlichen Fracht stehen in direkter Konkurrenz zum aus Klimaschutzgründen gewollten Ausbau von Wärmenetzen.                  Trotzdem hat die Netze BW als Gasnetzbetreiber in Stuttgart in den Jahren 2015 bis 2019 über 1.300 Netzanschlüsse neu angeschlossen und über 18.000 Meter Gasleitungen neu verlegt.                  Gasnetzbetreiber*innen, so auch die Netze BW berufen sich allein auf ihre Rechte aus dem Energiewirtschaftsgesetz und dem Gaskonzessionsvertrag und lehnen die Berücksichtigung von zukünftigen Wärmeplanungen im Rahmen der umweltverträglichen Energieversorgung im Sinn des § 1 Abs. 1 EnWG bisher strikt ab.</p>				
<p>Werden Sie den weiteren Ausbau des Gasverteilnetzes in Stuttgart durch die Netze BW (bis 2024) und durch die Stuttgart Netze (frühestens ab 2024) künftig stoppen und einer Prüfung hinsichtlich der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommen und einer klimaverträglichen städtischen Wärmeplanung unterziehen?</p>				
<p>Mein Ziel ist die Errichtung von CO-2 freien Wärmequartieren. Ein Verbot des Ausbaus von Gasnetzen wird aber schwierig werden. Wichtig ist die Absprache, dass in geplanten Nahwärmequartieren keine Gasnetze verlegt werden.</p>	<p>-</p>	<p>Ich halte ein Gasnetz in Stuttgart auch für die klimaneutrale Zeit für sinnvoll und notwendig an. Durch dieses Netz wird dann aber kein Erdgas mehr, sondern ökologisches Gas, z.B. aus Power-To-Gas fließen. Überall wo wir das Gasnetz als Transportinfrastruktur haben, müssen wir nicht aufwändige neue Energienetze aufbauen wie z.B. für Strom. Aber natürlich muss man sich künftig genau ansehen, wo eventuell noch ein Ausbau des Gasnetzes Sinn macht und wo vor allem nicht.</p>	<p>Ja.</p>	<p>Der Fokus muss auf dem Ausbau des Wärmenetzes liegen. Deshalb möchte ich den Ausbau des Gasverteilnetzes stoppen.</p>



				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>9. Wirtschaftsplan der städtischen Gesellschaften</b> - ja / nein bzw. Jahresabgabe</p> <p>Die Wirtschaftspläne der Beteiligungsunternehmen sind in Stuttgart entgegen der Gemeindeordnung (GemO) und Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sowie der Praxis in anderen Städten in B.-W. nicht als Anlagen zum Haushaltsplan der Stadt veröffentlicht.</p> <p>Transparenz und Bürgerbeteiligung sehen anders aus.</p>				
<p>Ab welchem Wirtschaftsjahr werden die Wirtschaftspläne der Stadtwerke Stuttgart GmbH, der Stuttgart Netze GmbH und der Energiedienste der Landeshauptstadt Stuttgart GmbH entsprechend den Bestimmungen der Gemeindeordnung (GemO) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und der Praxis in anderen Städten in Baden-Württemberg als Anlagen zum Haushaltsplan der Stadt veröffentlicht?</p>				
Ich stehe für Transparenz und werde auch in diesem Fall darauf hinwirken.	-	Ich werde mir die gelebte Tradition in Stuttgart anschauen, die Argumente dafür und dagegen anhören und dann entscheiden wie wir künftig agieren.	Möglichst bald, sobald ich OB bin.	Ich möchte, dass die Wirtschaftspläne künftig veröffentlicht werden und werde mich dafür einsetzen, dass dies ab dem Doppelhaushalt 2022/23 geschieht.

				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>10. Bezirksbeiräte in Energiewende einbeziehen - ja / nein bzw. Zeitangabe</b></p> <p>Die Energiewende kann nur gelingen, wenn eine faire Einbeziehung und Beteiligung der Einwohner*innen gesichert ist.</p> <p>In vielen Stadtbezirken nehmen die Bezirksbeirat*innen ihre Verantwortung als direkte Vertreter der Einwohner*innen wahr und haben Anträge und Anfragen zum Klimawandel und zur Energiewende gestellt, so z.B. in Bad Cannstatt, Botnang, Mitte, Ost, Sillenbuch, Weilimdorf, West, etc.</p> <p>Eine Beantwortung der Anträge und Anfragen durch die Verwaltung ist bisher in vielen Fällen nicht erfolgt.</p>				
a) Werden Sie eine Beantwortung der Anfragen sicherstellen?				
Natürlich werde ich sie einbeziehen (siehe oben).	-	Ja, Anfragen aus den Bezirksbeiräten müssen beantwortet werden.	Ja.	Die Bezirksbeirätinnen und -beiräte sind die Expertinnen und Experten der Stadtbezirke. Deswegen müssen sie – nicht nur bei Belangen der Energiewende – intensiv mit einbezogen werden. Für mich ist klar: Alle Anfragen müssen beantwortet werden.
b) Innerhalb wie vieler Wochen werden künftig die Beantwortungen erfolgen?				
Und ich habe das große Interesse an einer motivierten und schnell arbeitenden Verwaltung.	-	Das hängt von der Fragestellung und dem Aufwand zur Beantwortung ab. Grundsätzlich möglichst zeitnah.	Spätestens nach sechs Wochen.	Je nach Komplexität der Anfrage sollte eine Antwort, ggf. eine Zwischennachricht, nach 4-8 Wochen vorliegen.

				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier
<p><b>11. Wasserversorgung als Aufgabe der Stadt</b></p> <p>Der Gemeinderat hat am 17. Juni 2010, also vor über 10 Jahren, mit breiter Mehrheit die Forderung des Bürgerbegehrens "100-Wasser - 100% kommunale Wasserversorgung unter städtischer Betriebsführung" beschlossen.</p> <p>Die LHS hat vor Gericht die Herausgabe der Wasserversorgung gegenüber der EnBW allerdings bisher nicht durchsetzen können.</p> <p>Der nächste Verhandlungstermin am Landgericht zum Rückkauf der Stuttgarter Wasserversorgung findet am Freitag, 27. November um 14.30 Uhr statt.</p>				
Was gedenken Sie zu tun, damit die Stuttgarter Wasserversorgung wieder in das Eigentum der LHS zurückkommt?				
Die rechtlichen Einschätzungen dafür, dass das Wasser wieder in das Eigentum der Stadt kommt, sehen derzeit sehr positiv für die Stadt aus. Und natürlich werde ich Gespräche mit der EnBW aufnehmen – es gibt ja einige Schnittmengen.	Im Hinblick auf die Stuttgarter Wasserversorgung gilt es, zeitnah zu einem Kompromiss über den Kauf des Netzes zu einem fairen Preis zu kommen.	Ich werde einerseits dafür im GR werben weiterhin konsequent den Rechtsweg zu bestreiten und andererseits aber parallel versuchen mit der EnBW eine außergerichtliche Lösung (vielleicht im Paket mit anderen Themen) zu finden.	Gespräche mit Land und EnBW suchen, wenn notwendig den gerichtlichen Weg weiter beschreiten mit dem Ziel, möglichst bald das Wassernetz in städtische Hand zu bekommen.	Für mich gilt der Grundsatz, dass alle wesentlichen Teile der Daseinsvorsorge in kommunale Hand gehören. Deshalb begrüße ich die Rekommunalisierung der Wasserversorgung und werde mich dafür einsetzen. Neben dem Gerichtswege möchte ich auf die EnBW auch in Gesprächen noch einmal zugehen.

				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier

**12. Umweltverbände**

Umweltverbände nehmen im Ehrenamt eine wichtige Rolle in der Gesellschaft wahr. Sie beteiligen sich durch fachliche Stellungnahmen an politischen Entscheidungsprozessen und tragen mit ihrer Arbeit dazu dabei, dass wichtige Themen in die Gesellschaft hinein getragen werden.

Darüber hinaus sind sie gemäß dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) und dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) als anerkannte Umweltvereinigungen berechtigt, bestimmte behördliche Entscheidungen von Gerichten auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen lassen.

Wie drücken Sie Ihre Wertschätzung gegenüber den Umweltverbänden?

Ich werde auf ihren Rat hören und sie stärker in die Rathausarbeit einbinden – der Waldbeirat geht da schon in eine ganz gute Richtung.	Umweltverbände – wie auch Gewerkschaften und Kammern – empfinde ich als wichtige Partner zu kommunalen Themen für nachhaltige Stadtentwicklung und möchte weiter in engem Austausch mit ihnen stehen.	Durch einen regelmäßigen Dialog und Austausch zu den aktuellen Themen der Stadt rund um Umwelt, Klima und Energiewende.	Mein Verständnis von Politik war schon immer, Bürgerinitiativen, Aktivist*innen und Verbände einzubeziehen. Die wesentlichen Entscheidungen dürfen nicht hinter den dicken Rathausmauern gefällt werden – es braucht die Expertise und Beteiligung der Bürger*innen vor Ort – an diesem Ansatz werde ich als Oberbürgermeister festhalten.	Wertschätzung beginnt für mich damit, dass man regelmäßig im Dialog steht. Meine Grundüberzeugung ist, dass sich die allermeisten großen Herausforderungen der Stadt nicht mehr allein nur durch Oberbürgermeister*in, Gemeinderat und Verwaltung lösen lassen, sondern dass es die gesamte Stadtgesellschaft dafür braucht. Deshalb muss sich die Stadtverwaltung öffnen und gesellschaftliche Gruppen, wie die Umweltverbände, stärker miteinbeziehen. Konkret möchte ich die Verbände z.B. bei der Erarbeitung zentraler Konzepte (u.a. Wärmeplanung, Reduktionsziele) einbinden. Neben dem Dialog drückt sich Wertschätzung aus meiner Sicht auch durch Präsenz bei Veranstaltungen der Umweltverbände aus.
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**13. Klimaschutz-Bürgermeister - ja / nein**

Die Stadt Heidelberg hat seit dem 1. Oktober 2020 einen erfahrenen Bürgermeister für das neu geschaffene Dezernat Klimaschutz, Umwelt und Mobilität in Heidelberg.

Setzen Sie sich dafür ein, dass Stuttgart auch einen Klimaschutz-Bürgermeister bekommt?

Vor kurzem hat der Klimaschutzbeauftragte der Stadt seine Tätigkeit aufgenommen – lassen Sie uns jetzt noch etwas Zeit, um zu sehen, wie er in die verschiedenen Referate hineinwirken kann.	Die Umsetzung unserer Klimaschutzziele muss mit Tatkraft vorangetrieben werden – doch inwiefern ein Bürgermeisteramt dies alleinig lösen kann, bin ich unschlüssig. Er ist aber Impulsgeber und treibende Kraft dahinter!	Ich glaube nicht, dass nur durch einen Klimaschutz-Bürgermeister eine bessere Klimaarbeit in Stuttgart entstehen würde. Vielmehr müssen wir die vorhandenen Strukturen in die Lage versetzen erfolgreicher zu arbeiten.	Ja. Ich habe diesen Vorschlag schon vor einem Jahr unterbreitet – bislang gab es dafür noch keine Mehrheit.	Ich habe mich an anderer Stelle schon dafür ausgesprochen, dass Stuttgart ein Dezernat für nachhaltige Mobilität bekommt. Ggf. ließe sich dort auch das Thema Klimaschutz noch ansiedeln.
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

				
Veronika Kienzle	Martin Körner	Dr. Frank Nopper	Hannes Rockenbauch	Marian Schreier

**14. Luftreinhaltung - ja / nein**

Die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) geht am Neckartor von einem 22%-Anteil der Heizungsanlagen und Kaminöfen am gesamten Feinstaub aus. Das rühre zu 10 % auch noch von Anlagen her, die oft die Grundlast des Heizungsbedarfs und der Warmwasserbereitung abdecken (Stuttgarter Zeitung vom 15.10.2016).

Laut der Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden- Württemberg vom 14.08.2017 auf die Landtagsanfrage Drs. 16/2388 "Wärmenetze in Baden-Württemberg: Ausgangslage und Zielperspektive" tragen an der Messstelle „Stuttgart Am Neckartor“ kleine und mittlere Feuerungsanlagen mit 16 % zu den Feinstaub PM10- Konzentrationen bei, wobei 5 % aus dem lokalen Umfeld der Messstationen stammen und 11 % dem städtischen Hintergrund von Stuttgart zugerechnet werden.

Die Energie Baden-Württemberg (EnBW) Sales & Solutions GmbH weist in ihrer Antwort vom 04.07.2017 auf den gemeinsamen Antrag des Bezirksbeirates S-Ost "Stand und Ausbau der Fernwärmeversorgung im Stadtbezirk Ost" auf die hervorragende Ökobilanz und die Förderung der Luftreinhaltung in Stuttgart durch einen Ausbau der Fernwärme in den Innenstadtbezirken hin, dabei zielen folgende wesentliche Effekte auf die Verbesserung der Luftqualität:

- Geringste Stickoxid-Emissionen durch moderne Katalysatortechnik in den Heizkraftwerken
- Geringste Staubemissionen durch moderne Elektrofilter
- Verbesserung der Immissionssituation durch Vermeidung niedrig emittierender Kamine auf Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Die Landeshauptstadt Stuttgart kann per Satzung beschließen, dass im Geltungsbereich des Vorranggebietes Fernwärme in den Innenstadtbezirken (der räumliche Geltungsbereich ist noch genau festzulegen) in Verbrennungsanlagen, die neu errichtet, erweitert oder umgebaut werden, Festbrennstoffe, Öl, Gas und Abfälle aller Art weder zu Heizzwecken und Feuerungszwecken, noch zum Zwecke der Beseitigung verbrannt werden dürfen sondern ein Anschluss an die Fernwärmeversorgung erfolgen muss.

Das Land Baden-Württemberg kann aufgrund der Selbstverpflichtung der EnBW AG zur Erfüllung des Pariser Völkerrechtsvertrages zur Einhaltung des 1,5 °C Zieles auf den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Fernwärme-netzbetreiber hinwirken, mit den Zielen eines Ausbaues und einer Nachverdichtung des Fernwärmenetzes, einer Erhöhung der Anschlussquote sowie einer Transformation der Fernwärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien.

In anderen bundesdeutschen Städten wie z.B. Wiesbaden oder Düren wird in den Luftreinhalteplänen genau diese Vorgehensweise verfolgt um die Hintergrundbelastung zu reduzieren und nicht nur Maßnahmen „gegen“ den Individualverkehr durchsetzen zu müssen

Treten Sie künftig für einen Strategiewechsel der LHS vor Gericht in Sachen Luftreinhalteplan ein oder wollen Sie mit dem Land zusammen weiterhin jeden Prozess verlieren?  
 Die Kosten für die vielen verlorenen Prozesse zahlen ja wohl die Steuerzahler

Natürlich habe ich kein Interesse, dass die Stadt Prozesse verliert. Wie wir ja aktuell sehen, hat sich die Luft in Stuttgart deutlich verbessert – durch eine Vielzahl von Maßnahmen, ich im erforderlichen Maß weiterführen werde.	Die Luftreinhaltung muss in Stuttgart aus einer Vielzahl von Maßnahmen bestehen; nur so haben wir eine Chance, die Emissionswerte überhaupt in den Griff zu bekommen. Federführend ist hier das Regierungspräsidium, das lediglich eine Stellungnahme der Landeshauptstadt bzw. des Oberbürgermeisters zulässt. Allerdings muss es an uns sein, Maßnahmen zu entwickeln, die die Emissionswerte sinken lassen, um auf diese Weise dem Luftreinhalteplan vorzukommen.	Ich werde für den Austausch alter Heizungsanlagen werben. Stuttgart hat hier ja z.B. auch mit dem Förderprogramm zum Austausch von Ölheizungen ein gutes und erfolgreiches Instrument eingerichtet. Und natürlich ist es dann immer besser, bei so einem Austausch entweder regenerative Energien zu verwenden (z.B. Luft-Wärmepumpen) oder den Anschluss an die Fernwärme herzustellen. Ich halte dafür aber Beratung und Förderanreize für besser geeignet als Anschlusszwangsatungen in Bestandsgebieten.	Jede*r hat das Recht auf saubere Luft - der Gesundheitsschutz hat Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Die Messstation am Neckartor liefert regelmäßig Daten, die Ausdruck von Politikversagen sind. Einerseits muss die Verkehrsmenge in ganz Stuttgart drastisch reduziert werden, andererseits muss die Stadt im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür sorgen, dass die Konzentration von Luftschadstoffen sinkt – dazu gehören auch kleine und mittlere Feuerungsanlagen. Die Luftfilteranlagen am Neckartor halte ich für Selbstbetrug – die schlechte Luft wird vor der Messstelle ein bisschen sauberer gefiltert – wenn wir ehrliche Ergebnisse haben wollen, müssen wir ein engmaschiges Netz von Messgeräten aufstellen, damit wir eine Datengrundlage haben, wie schlecht die Luft in Stuttgart tatsächlich ist. Das gilt im Übrigen auch für Ultrafeinstaub – auch wenn es dafür (noch) keine gesetzlichen Grenzwerte gibt.	Ich möchte im Falle der Wahl die Strategie in Sachen Luftreinhaltung neu bewerten. Dazu können auch Maßnahmen im Wärmebereich zählen. Grundsätzlich halte ich einen Anschluss- und Benutzungszwang für die Nah- und Fernwärme – dort wo es rechtlich möglich ist - für sinnvoll.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------